

Konjunktur und Außenpolitik

Aufgaben

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material 1)
(20 BE)

- 2 Stellen Sie die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft dar.
(25 BE)

- 3 Mithilfe eines 100 Milliarden Euro umfassenden Sondervermögens soll die Bundeswehr wieder ertüchtigt werden.
Erläutern Sie ausgehend vom Grundgesetz die Bedingungen für den Einsatz der Bundeswehr sowie die Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik.
(25 BE)

- 4 Setzen Sie sich vor dem Hintergrund der Materialien 1 und 2 mit der Frage auseinander, ob die Schuldenbremse als finanzpolitisches Instrument gescheitert ist.
(30 BE)

Material 1

Patrick Bernau, Alexander Wulfers: Können wir uns das alles leisten? (2022)

[...] Krisenbekämpfung scheint ein neues Motto zu haben: Je mehr, desto besser. „Doppel-Wumms“ nannte es Bundeskanzler Olaf Scholz in der vergangenen Woche stolz, als er das neue Programm gegen hohe Energiepreise vorstellte. Bis zu 200 Milliarden Euro stehen zur Verfügung – und zwar an neuen Schulden. Da kann Finanzminister Christian Lindner noch so lange versprechen, dass im
5 nächsten Jahr die Schuldenbremse wieder eingehalten wird – dieses Jahr nimmt er erst mal eine riesige Summe Geld auf. [...]

Am Ende wird der deutsche Staat wahrscheinlich nicht die vollen 200 Milliarden ausgeben. Doch der neue Rettungsschirm ist auch nicht das erste Schuldenprogramm dieses Jahres: Die Ampelkoalition steckte 100 Milliarden Euro in einen Fonds für die Bundeswehr, 60 Milliarden Euro in einen Energie-
10 und Klimafonds, und die Vorgänger-Regierung hatte zu Corona-Zeiten auch schon so angefangen.

Da hatte die Rhetorik der vergangenen Jahre Erfolg. Der Staatshaushalt war solide, die Verschuldung des Landes ging zurück, die Zinsen waren nahe null oder zum Teil sogar darunter, die Inflation eher zu niedrig. In so einer Situation war es kein Wunder, dass viele Leute nach Schulden riefen: Der Staat solle doch seine Ausgaben eher über Kredite finanzieren, das Geld vielleicht in Investitionen stecken.

15 Doch jetzt ist die Lage anders. Die Inflation ist auf zehn Prozent gestiegen, die Zinsen steigen schon wieder spürbar an. Ist so eine Kreditaufnahme auch jetzt der richtige Schritt?

So viel steht fest: Mit Steuern ließe sich das Ausgabenprogramm der Bundesregierung nicht stemmen. Insgesamt 360 Milliarden Euro an Schulden hat sich die Ampelkoalition genehmigen lassen für Fonds, die neben dem normalen Haushalt her laufen. Dazu die sowieso schon aufgeblähten regulären
20 Ausgaben des Staates – da kommt man auf mehr als das Doppelte der Ausgaben aus den Jahren vor Corona. Anders gesagt: 360 Milliarden, um das in diesem Jahr zu decken, müsste der Staat die gesamte Lohn- und Einkommensteuer verdoppeln.

Oder noch mal anders gerechnet: Wenn das Aufkommen per Vermögensteuer eingezogen werden sollte, müsste jeder Deutsche fünf Prozent entrichten – ohne Ausnahme für Omas kleines Häuschen.
25 Alternativ müsste der Staat die 17 reichsten Deutschen komplett enteignen, ihre Unternehmen an die Börse bringen und ihre Aktien verkaufen – und dann bliebe noch die Frage, wer all das kaufen soll.

Mit Schulden sieht dagegen alles erst mal einfacher aus. Selbst nach all den Corona-Hilfen liegt Deutschlands Schuldenstand derzeit bei tolerablen 70 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die 360 Milliarden Euro sind fast genau zehn Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung und werden über
30 mehrere Jahre geholt werden. Die zehn Prozent Inflation allerdings machen nicht nur Sorge: Sie helfen auch, den alten Schuldenberg zu relativieren. Da scheint es kaum noch ins Gewicht zu fallen, dass der Staat inzwischen wieder zwei oder drei Prozent Zinsen zahlen muss.¹

Die Gefahr allerdings ist eine andere: Könnten die hohen Staatsdefizite die ohnehin schon hohe Inflation noch weiter antreiben? Sicher: Im ersten Moment wird die Inflation sinken, wenn der Staat
35 die Energiepreise deckelt. Doch das muss nicht lange so bleiben. Die vergangenen Jahre haben der Welt diese Gefahr schließlich deutlich vor Augen geführt. In den USA ist die Inflation deutlich früher und deutlich schneller gestiegen als in Europa – dafür wird auch ein großes schuldenfinanziertes Konjunkturpaket von Präsident Joe Biden verantwortlich gemacht. [...]

Doch es gibt auch eine Gegenposition, vertreten zum Beispiel von Philippa Sigl-Glückner. Sie war vor
40 kurzem Referentin von Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt, als der noch mit Olaf Scholz im

¹ Vor Beginn des Krieges in der Ukraine konnte der deutsche Staat zeitweise Bundesanleihen mit einem negativen Zins herausgeben.

Finanzministerium war. Heute arbeitet sie in einer Denkfabrik und gehört zu den größten Befürwortern der Verschuldung. Sie glaubt: In der speziellen Situation, in der Deutschland sich gerade befindet, kann das Geld die Inflation gar nicht antreiben – schon allein weil es nicht im Land bleibt. Im Prinzip fließt alles an die Gaslieferanten außerhalb Deutschlands. Die Bürger hätten also nicht mehr Geld, den Unternehmen fielen Preiserhöhungen schwer, und Lohnerhöhungen in der Nähe der Inflation seien sehr unwahrscheinlich. [...]

Ganz vermeiden lässt sich eine zusätzliche Inflation aber vermutlich nicht. Das sieht beispielsweise der Princeton-Ökonom Markus Brunnermeier so: „Die Unsicherheit, die im Moment im Markt besteht, wirkt inflationsdämpfend. Sie würgt aber auch die Realwirtschaft ab.“ Nimmt der Staat mit seinem Rettungsschirm diese Unsicherheit heraus, könnten mit der Nachfrage auch Löhne und Preise steigen.

Schon vor der Energiekrise hatte sich der Trend in Gang gesetzt: Arbeitskräfte waren knapp, Lieferketten stockten – also stiegen die Preise und Löhne. „Auch wenn die stark steigenden Energiepreise derzeit die Teuerungsynamik dominieren, ist die gegenwärtige Inflationsphase keine reine Energiepreisstory“, sagt Stefan Kooths, Konjunkturforscher des [...] Instituts für Weltwirtschaft (IfW). „Auch die heimischen Preisauftriebskräfte sind längst in Gang gekommen und liegen deutlich jenseits der Zwei-Prozent-Marke.“

Da ist das Dilemma: Wenn der Staat nichts tut, steigt die Inflation wegen der hohen Energiepreise. Wenn der Staat mit Schulden eine Gaspreisbremse finanziert, dann werden die Deutschen vielleicht wieder zuversichtlicher, und die Inflation steigt deshalb.

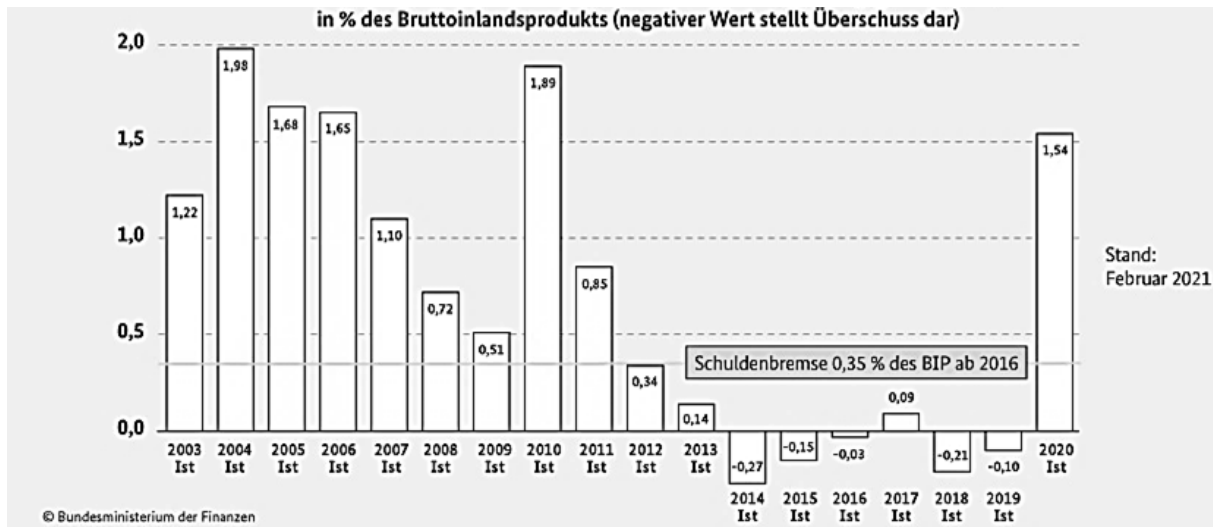
Gleichzeitig habe Deutschland aber gegenüber anderen Ländern immer noch einen großen Vorteil, betont Markus Brunnermeier: Bundesanleihen gelten in den internationalen Finanzmärkten als sicherer Hafen in Krisenzeiten. Die Schulden auf dem Markt zu platzieren, dürfte also kein Problem für Christian Lindner sein. Am Donnerstag reagierte der Anleihemarkt dann auch kaum auf die Ankündigung des Rettungsschirms – ganz anders als einige Tage zuvor in Großbritannien. Brunnermeier sieht Deutschland gut aufgestellt, warnt aber auch: „Man muss aufpassen, dass man diese Position nicht verliert, und solide haushalten.“

Und da kommt die Frage nach der Schuldenbremse. Drei Jahre in Folge hat die Bundesregierung sich jetzt eine Ausnahme eingeräumt. Ist die Schuldenbremse damit in der Praxis am Ende? [...]

Patrick Bernau, Alexander Wulfers: Können wir uns das alles leisten?, 02.10.2022, Zwischenüberschriften getilgt, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kann-deutschland-sich-diese-staatsschulden-noch-leisten-18355096.html?premium> (abgerufen am 11.12.2022).

Material 2

Strukturelle Neuverschuldung des Bundes (2021)



Bundesministerium der Finanzen: Strukturelle Neuverschuldung des Bundes, 2021, URL: https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Stabilitaetspolitik/Entwicklung_Oeffentliche_Finanzen/entwicklung_oeffentliche_finanzen.html (abgerufen am 11.12.2022).

Hinweis

Die Regierung plant, die Schuldenbremse im Jahr 2024 wieder einzuhalten.